

Das Wochenmagazin der SPÖ - www.spoe.at



Aktuell

7. Oktober 2010 · Nr. 32 · 0,73 Euro

Kommentar von
Staatssekretär Josef Ostermayer



**Kampf gegen
Arbeitslosigkeit:**

Wir sind Europameister!



**Wehrpflicht:
Konstruktive Debatte über
Zukunft unseres Heers**

Auch im September war Österreich wieder „Europameister“ in Sachen Arbeitsmarkt. Die Arbeitslosenquoten sind weiterhin im Vergleich zum jeweiligen Monat des Vorjahres im Sinken – nun lässt sich bereits von einem sehr erfreulichen Trend sprechen.

Knapp vor der Wiener Landtagswahl hat Bürgermeister Michael Häupl mit dem Vorschlag nach einer Volksbefragung zur Wehrpflicht aufhören lassen. Für die SPÖ ist klar, dass Gespräche über die Zukunft des Bundesheeres zu begrüßen sind. Am Ende dieser Diskussion kann dann eine Volksbefragung stehen, erklärt Bundeskanzler Werner Faymann. Voraussetzung ist allerdings, dass erst dann etwas abgeschafft wird, wenn es dafür etwas Neues gibt. Der militärische Schutz von Österreichs Neutralität, der Katastrophenschutz und die Auslandseinsätze müssen jedenfalls in vollem Umfang gewährleistet sein.

Über das Redaktionsgeheimnis und die Medienfreiheit wurde in letzter Zeit debattiert – Medienstaatssekretär Josef Ostermayer fordert in einem Kommentar eine Präzisierung des Schutzes dieser Grundrechte.

Eure Redaktion

Highlights der Woche

Arbeitsmarkt	4
Wiener Landtagswahl	6
Prominente Stimmen für Häupl	7
Wehrpflicht	8
Budget-Debatte im Parlament	9
„Österreich 2020“-Kommentar von Staatssekretär Josef Ostermayer zur Medienfreiheit	14

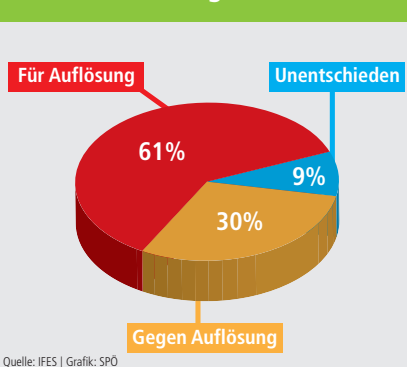
Arbeitnehmerrechte: „Keine Streiklisten-Einschau für Finanzbehörden“

Die SPÖ lehnt die von der ÖVP geforderte Aushändigung von Namenslisten von Streikgeldempfängern an die Finanzverwaltung entschieden ab.

Vollstes Verständnis für die strikte Ablehnung des ÖGB, Namenslisten der Streikgeldempfänger auszuhändigen, zeigt SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter. ÖVP-Verfassungssprecher Molterer hatte das gefordert. Kräuter: „Damit rüttelt der Ex-Finanzminister an fundamentalen Arbeitnehmerrechten und verletzt die Neutralität des Staates in Arbeitskampffragen.“ Für

THEMEN DER WOCHE

Soll die ÖIAG aufgelöst werden?



Zwei Drittel für ÖIAG-Auflösung

Die Staatsholding ÖIAG, die mittlerweile nur noch drei teilstaatliche Firmen betreut, soll aufgelöst werden. Das wollen 61 Prozent der Befragten bei einer IFES-Umfrage. Eine Auflösung der ÖIAG wird seit langem von der SPÖ gefordert, die ÖVP hingegen will die Holding aufwerten. Der letzte große Deal der ÖIAG war der Notverkauf der AUA an die Lufthansa. Damit die Fluglinie überhaupt „verkauft“ werden konnte, mussten 500 Mio. Euro bezahlt werden. ♦

Sichere Infos für Patienten

Die EU-Parlamentarier haben sich gegen Informationen über Medikamente durch Pharmafirmen in Printmedien ausgesprochen. Um Informationen für Patienten leichter zugänglich zu machen, sollen zukünftig autorisierte Informationen über Arzneimittel auf den Web-Portalen der nationalen Behörden und auch als Druckversion, z.B. bei Ärzten, aufliegen. „So werden auch Menschen ohne Internetzugang ausreichend informiert“, so SPÖ-EU-Abgeordnete Karin Kadenbach. ♦



Spöla

NR-Abgeordnete Christine Lapp: Sozialversicherung für Künstler wird erleichtert.

SPÖ engagiert sich für Künstler

„Mit der Einrichtung eines Service-Zentrums für Künstler und einem leichteren Zugang zu Arbeitslosengeld werden endlich bürokratische Hürden abgebaut“, ist SPÖ-Abgeordnete Christine Lapp erfreut. Das Künstler-Kompetenzzentrum soll als Ansprechstelle zur Einbindung und Vernetzung mit den Gebietskrankenkassen, dem AMS, den Finanzämtern und dem Künstlersozialversicherungsfonds dienen. Weiters wird es künftig möglich sein, die selbständige künstlerische Erwerbstätigkeit ruhend zu melden um Arbeitslosengeld zu erhalten. ♦

Zitat der Woche

„Ich denke, man muss Druck machen in der Diskussion um die Wehrpflicht. Man muss sie sehr sachlich, ruhig und gut vorbereitet führen und dann die Bevölkerung miteinbeziehen in diese zweifellos wichtige Frage.“

Wiens Bürgermeister Michael Häupl



Zimmer

Kräuter geht es dabei um „rein ideologisch motivierte Zündelei“, zumal etwa Steuerexperte Werner Doralt „in der derzeitigen Verwaltungsmeinung eine Steuerpflicht grundsätzlich nicht erkennen kann“. ♦

SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter: Die SPÖ stellt sich hinter die Arbeitnehmerrechte.



STANDPUNKT

Keine Angst vor direkter Demokratie!

Wenn immer wieder gefordert wird, dass Politik für die Menschen „greifbarer“ werden soll, dann müssen wir auch entsprechende Taten folgen lassen. Am Beispiel Wehrpflicht: Warum es klug ist, nach eingehender Prüfung die Bevölkerung über deren Zukunft zu befragen. Und es unklug ist, gleich von „Populismus“ zu reden, wenn es um direkte Demokratie geht.



Zukunft der Wehrpflicht: Die Meinung der Bevölkerung ernst nehmen

20 Jahre ist es her, seit der Warschauer Pakt zusammenbrach und die Nachkriegsweltordnung, eingeteilt in zwei große Machtblöcke, aufhörte zu existieren. Seitdem hat sich geopolitisch viel verändert. Österreich ist ein neutrales und gleichzeitig solidarisches Land im Herzen eines zusammengewachsenen Europas. Die sicherheitspolitischen Aufgaben sind heute andere als zu Zeiten des Kalten Krieges. Dementsprechend wird auch unsere Sicherheitsdoktrin einer eingehenden Prüfung unterzogen. Am Ende des Diskussionsprozesses darüber wird auch die Frage stehen, ob die Wehrpflicht noch zeitgemäß ist oder nicht, und ob und in welcher Form es sie geben soll. Nachdem Experten eingehend beraten haben, sollte bei einer derart sensiblen und wichtigen Frage die Meinung der Bevölkerung ernst genommen werden. Der Wiener Bürgermeister Michael Häupl hat daher zurecht angeregt, eine Volksbefragung über die Zukunft der Wehrpflicht abzuhalten.

Das Thema an sich ist nicht neu: Franz Vranitzky, Viktor Klima oder auch Wolfgang Schüssel haben bereits eine Diskussion darüber angestoßen. Vor allem aber beschäftigt diese Frage die Bevölkerung seit Jahren. Es liegt im Wesen der Demokratie, dass die Bevölkerung die Möglichkeit hat, sich an politischen Entscheidungsprozessen zu beteiligen. Viele Menschen haben aber zusehends das Gefühl, dass „über ihre Köpfe hinweg“ entschieden wird, dass „die da oben“ politische Entscheidungen treffen, die ihnen abstrakt erscheinen und auf die sie keinerlei Einfluss haben. Deshalb ist es für eine moderne Gesellschaft wichtig, Beteiligungsmöglichkeiten zu nutzen, sie zu erneuern und wenn nötig, neue demokratiepolitische Instrumente zu entwickeln. Für die Sozialdemokratie war immer klar: Wir müssen die Bevölkerung in politische Entscheidungsprozesse einbeziehen, wir müssen den Menschen die Möglichkeit geben, direkt am demokratischen Meinungsbildungsprozess teilzunehmen.

„Anscheinend meint eine kleine Elite im Land, jedes Mal, wenn die Sozialdemokratie das Volk in Entscheidungen einbinden möchte, die ‚Populismus-Keule‘ schwingen zu müssen.“

Das Bundesheer ist nicht im „Besitz“ einer Partei oder sonst einer Interessensgruppe, es gehört den Österreicherinnen und Österreichern. Deshalb sollten die Bürgerinnen und Bürger auch über die Zukunft ihres Heeres entscheiden dürfen. Davor muss es eine breite, offene Diskussion geben. Klar ist aus Sicht der Sozialdemokratie, dass die Neutralität nicht angetastet werden darf. Daraus ergibt sich auch, dass ein NATO-Beitritt nicht zur Debatte steht.

Gegen die Wehrpflicht wurden unzählige Zeitungskommentare geschrieben. Im „profil“ titelte Chefredakteur Herbert Lackner unlängst „Weg mit der Wehrpflicht!“, in der „Kleinen Zeitung“ schrieb Hubert Patterer zum Thema, Österreich sei ein „Land der Veränderungsangst und des Denkverbots“. Nun, es gibt auch Argumente für die Wehrpflicht. Doch: Was ist daran populistisch, die Österreicher nach ihrer Meinung zu fragen?

Rundum enttäuschend war die Reaktion des Koalitionspartners auf den Vorstoß von Bürgermeister Michael Häupl. Obwohl erst kürzlich Außenminister Spindelegger die Wehrpflicht in Frage stellte, wurde der Vorschlag von einem Teil der Parteispitze einfach abgelehnt. Anscheinend meint eine kleine Elite im Land, jedes Mal, wenn die Sozialdemokratie das Volk in Entscheidungen einbinden möchte, die „Populismus-Keule“ schwingen zu müssen. Wir sagen: Auch in einer repräsentativen Demokratie muss genügend Platz für direktdemokratische Elemente sein und bleiben. Denn niemand braucht sich vor den Entscheidungen der Bevölkerung zu fürchten. ♦

ARBEITSMARKT

Arbeitslosigkeit sinkt -

Sinkende Arbeitslosigkeit, steigende Beschäftigung, mehr offene Stellen und die europaweit niedrigste Gesamt- und Jugendarbeitslosigkeit – dieser erfreuliche Trend beweist, dass die Maßnahmen der SPÖ-geführten Regierung wirken.



Zinner

Jugendliche, die trotz des Anstiegs an offenen Lehrstellen keinen Ausbildungsplatz finden, können auch weiterhin im Rahmen der Ausbildungsgarantie ihre Lehre in einer überbetrieblichen Lehrwerkstätte absolvieren.

Die Arbeitsmarktdaten für den Monat September zeigen, dass sich der positive Trend am Arbeitsmarkt weiter fortsetzt. Mit 214.167 vorgemerkten Arbeitslosen ist die Arbeitslosigkeit im Vergleich zum Vorjahr um 20.338 (-8,7 Prozent) deutlich gesunken. „Erfreulich ist zudem,

dass die Arbeitslosigkeit in allen Bundesländern, Kategorien und Berufsgruppen zurückgeht“, so Sozialminister Rudolf Hundstorfer. Bis Ende September 2010 konnten heuer bereits 485.636 vorgemerkte Personen in Arbeit vermittelt werden; das sind um 33.968 Prozent bzw. 7,5 Prozent mehr

als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. International nimmt der österreichische Arbeitsmarkt einen Spitzenplatz ein: Österreich hat bereits zum vierten Mal die niedrigste Arbeitslosenrate in der EU. Zuletzt (August-Daten) betrug die Quote 4,3 Prozent. Für Hundstorfer ist es ein besonderer Erfolg der aktiven Arbeitsmarktpolitik, dass die Langzeitarbeitslosigkeit mit ei-

nem Minus von 17,3 Prozent im Vergleich zum Vorjahr stark zurückgegangen ist. Weiters gab es mit einem Plus von 20,3 Prozent einen starken Anstieg von offenen Stellen. „Der kräftige Zuwachs auf 35.064 offene Stellen erleichtert Arbeitslosen den Wiedereinstieg ins Berufsleben“, so Hundstorfer.

Arbeitsmarktentwicklung trägt zu Budgetkonsolidierung bei

Die unerwartet positive Arbeitsmarktentwicklung erbringt bereits 2010 einen erheblichen Beitrag zur Budgetkonsolidierung. „Nach neuesten Berechnungen wird das Budgetdefizit im Bereich der Arbeitsmarktpolitik um 350 Millionen Euro geringer sein als budgetiert“, so Sozialminister Rudolf Hundstorfer. Der starke Anstieg der

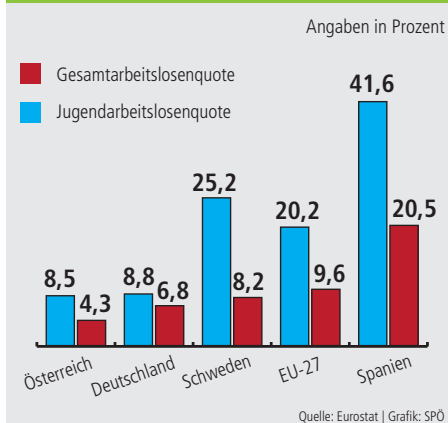
„14.000 junge Menschen erlernen im neuen Lehrjahr ihren Beruf in einer überbetrieblichen Lehrwerkstätte. Damit verhelfen wir Jugendlichen in ganz Österreich zu einer qualitativ hochwertigen Ausbildung.“

**SPÖ-Sozialsprecherin
Renate Csörgits**



Beschäftigung steigt

Österreich ist Europameister im Kampf gegen Arbeitslosigkeit



Die aktuellen Zahlen von EUROSTAT zeigen, dass die Bundesregierung mit Maßnahmen wie den beiden Konjunktur- und Arbeitsmarktpaketen sowie speziellen Programmen im Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit rasch und richtig auf die Krise reagiert hat.

Beschäftigung – es gibt um 47.000 mehr Beschäftigte als im Vorjahr – bringt außerdem zusätzliche Steuer- und Sozialversicherungseinnahmen.

Österreich hat europaweit niedrigste Jugendarbeitslosigkeit

Die Jugendarbeitslosigkeit in Österreich ist mit 8,6 Prozent im Vergleich zum Vorjahr stark gesunken und es konnten bereits 112.786 Jugendliche in Arbeit vermittelt werden – der Anstieg der Beschäftigung gegenüber dem Vorjahr beträgt 7.374 Prozent bzw. sieben Prozent. Es gibt weiters auch weniger Lehrstellensuchende und mehr offene Lehrstellen. „Die 2008 von der SPÖ-geführten Bundesregierung eingeführte überbetriebliche Lehrausbildung hat sich als wirksames Mittel im Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit erwiesen. 14.000 junge Menschen erlernen im neuen Lehrjahr ihren Beruf in einer überbetrieblichen Lehrwerkstätte. Damit verhelfen wir Jugendlichen in ganz Österreich zu einer qualitativ hochwertigen Ausbildung“, so SPÖ-Sozialsprecherin Renate Csörgits.

Wien hat Krise gut gemeistert

„Wien geht im Bereich der Jugendbeschäftigung einen beispielhaften Weg. Es ist gelungen, die Zahl der Lehrstellensu-

INTERVIEW

Überbetriebliche Lehrwerkstätten garantieren hochwertige Ausbildung

Sozialminister Rudolf Hundstorfer spricht im Interview mit „SPÖ Aktuell“ über die Ausbildungsgarantie, das Erfolgsprojekt „Überbetriebliche Lehrwerkstätten“ und warum Österreich „Europameister“ im Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit ist.

„SPÖ Aktuell“: Herr Minister, laut letztveröffentlichter Eurostat-Daten hat Österreich die europaweit niedrigste Jugendarbeitslosigkeit.

Rudolf Hundstorfer: Ja, Österreich hat die Krise besser bewältigt, als alle anderen Länder in der EU. Nicht nur, dass wir bereits zum vierten Mal die niedrigste Gesamtarbeitslosenquote in Europa haben, seit August haben wir auch die niedrigste Jugendarbeitslosigkeit. Diese Zahlen sind erfreulich und zeigen, dass wir in der Krise richtig und rasch gehandelt haben

Die österreichische Bundesregierung wird aber weiterhin an der Ausbildungsgarantie festhalten?

Hundstorfer: Ja, natürlich. Die Ausbildungsgarantie und die überbetrieblichen



Zinner

Für Sozialminister Rudolf Hundstorfer steht fest: „Es ist die Aufgabe der Politik, jungen Menschen Perspektiven zu geben.“

Lehrwerkstätten sind eine absolute Erfolgsgeschichte und haben maßgeblich zu der positiven Entwicklung der Jugendarbeitslosigkeit beigetragen. Für das heurige Ausbildungsjahr werden im Rahmen der überbetrieblichen Lehrausbildung fast 14.000 Plätze angeboten,

das sind um ca. 1.500 mehr als im vorigen Jahr. Die Jugendlichen können derzeit aus über 100 Lehrberufen wählen. Die überbetriebliche Ausbildung ist auch ein Sprungbrett in die betriebliche Lehre. Knapp 60 Prozent der Jugendlichen konnten im letzten Ausbildungsjahr in eine betriebliche Lehrausbildung oder ein Beschäftigungsverhältnis vermittelt werden. ♦

chenden während der Wirtschaftskrise zu reduzieren und mehr Jugendlichen eine Ausbildungsmöglichkeit anzubieten“, so Renate Csörgits. Das sozialdemokratisch geführte Wien war nicht nur im Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit besonders erfolgreich, auch die Gesamtarbeitslosigkeit ist in den letzten zwei Jahren nicht so stark gestiegen wie in anderen Bundesländern. Außerdem hat Wien den frauenfreundlichsten Arbeitsmarkt Österreichs – die Erwerbsquote ist höher als in anderen Bundesländern, die Einkommensschere deutlich geringer. Aktuell kann Wien, trotz

Wirtschaftskrise, einen Beschäftigungsrekord verzeichnen. Dies bestätigte auch Maria Hofstätter vom AMS: „Wien wurde von der Krise weniger stark getroffen als andere Bundesländer.“ Für Bürgermeister Michael Häupl steht fest: „Der Wiener Weg ist es, die Stadt aktiv aus der Krise herauszuführen. Die Zahlen zeigen eindeutig: Es funktioniert – die Wiener Wirtschaftsförderung wirkt.“ Durch die Förderpolitik der Stadt konnten im vergangenen Jahr 771 Unternehmen unterstützt und so rund 2.000 Wiener Arbeitsplätze geschaffen und gesichert werden. ♦

Wer Häupl will, muss

Michael Häupl ist der Garant für eine blühende Zukunft Wiens. Am kommenden Sonntag entscheidet sich, ob der erfolgreiche Kurs der Stadt fortgesetzt wird.



Jobst

Michael Häupl und die SPÖ haben Wien zur lebenswertesten Stadt der Welt gemacht. Am 10. Oktober entscheidet sich, ob das so bleibt.

Eines muss allen Wienerinnen und Wienern klar sein: Wer will, dass Michael Häupl Bürgermeister bleibt, muss ihn auch wählen! Wer will, dass Wien sich auch in Zukunft positiv entwickelt, muss am kommenden Sonntag seine Stimme Michael Häupl und der SPÖ geben. Häupl ist der Garant für eine Stadt, die weiterhin Trends setzt, eine Stadt, in der sich die Menschen sicher fühlen, eine Stadt, in der alle Menschen Jobchancen und die beste Bildung bekommen. „In Wien muss auch in Zukunft das Miteinander zählen. „Wer Hilfe braucht, wird sie unter ei-

nem Bürgermeister Michael Häupl nach dem 10. Oktober weiterhin erhalten“, sagt der amtierende Bürgermeister und SPÖ-Spitzenkandidat.

Eine Stimme für die Zukunft

Wer am kommenden Sonntag zu Hause bleibt, hilft jenen, die die erfolgreiche Arbeit für Wien beenden wollen. Nichtwähler helfen FPÖ-Chef Strache, einem Hetzer, der die Menschen auseinanderdividiert und Wien immer nur schlecht redet. Nichtwähler helfen VP-Chefin Marek, die sich

als Fekter-Miniaturausgabe profilieren wollte und sozialer Kälte das Wort redet. Und Nichtwähler helfen den Grünen, die mehr mit internen Streitereien und Spaltungen beschäftigt sind als mit Sachpolitik. Bei der Wahl geht es um die Werte und die Haltung in der Stadt Wien. „Es geht um eine Entscheidung zwischen der Zukunft und einer Politik von gestern. Ich werde auf jeden Fall alles daran setzen, Wien davor zu bewahren, dass Hassprediger und Politiker, die Wien schlecht reden, in der Stadt etwas zu sagen haben“, betont Bürgermeister Häupl. ♦

ihn auch wählen



Stimmen für Häupl – Stimmen für Wien

Wien ist die lebenswerteste Stadt der Welt. Sie bietet hohe Lebensqualität, Sicherheit, gute Infrastruktur und ein reiches Angebot an kulturellen Aktivitäten. Aus diesem Grund machen viele Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Forschung, Sport, Kunst und Kultur Wien zu ihrem Lebensmittelpunkt. Für diese Men-

schen ist klar, dass Michael Häupl der Garant für die lebendige und lebenswerte Atmosphäre dieser Stadt ist. Deshalb haben sie sich zu Wort gemeldet und ausgesprochen, was sie an dieser Stadt begeistert und was sie an ihrem Bürgermeister schätzen.



picturedesk

„Ich bin seit 75 Jahren in Wien. Wenn man ausländische Großstädte kennt, weiß man erst, wie hoch die Lebensqualität in Wien ist. Aber die ist ja nicht vom Himmel gefallen. Das haben Häupl und die SPÖ gemacht.“

Christine Nöstlinger
Autorin



Zinner

„Wien ist eine der bedeutendsten Städte in Europa: beim kulturellen Angebot, bei der Lebensqualität und bei der Wohnqualität. Das ist auch Ergebnis der Wiener Stadtpolitik, an deren Spitze Michael Häupl steht. Er soll auch weiterhin Garant dafür sein, dass Wien diese wunderbare internationale und nationale Qualität beibehält.“

Franz Vranitzky
Bundeskanzler a. D.



picturedesk

„Michael Häupl ist ein gescheiter, problembewusster Mann, der um die Kommune weiß und bei dem ich mich in meiner Eigenschaft als Bürger geborgen fühle. Ich wähle ihn.“

Werner Schneyder
Kabarettist, Autor, Schauspieler und Regisseur



picturedesk

„Leider gibt es immer mehr Leute, die nicht aus der Geschichte gelernt haben. Schon deshalb ist es mir ein Anliegen, mich für die Wiederwahl von Michael Häupl einzusetzen.“

Marianne Mendt
Schauspielerinnen und Sängerin



SPD-Jaehnik

„Wien ist eine Stadt, die ich mit Weltoffenheit verbinde, und sie hat eine Atmosphäre, in der ich mich willkommen fühle. Das wird derzeit in der politischen Debatte gefährdet, durch Leute, die spalten und hetzen. Für mich ist Michael Häupl der richtige Mann an der Spitze dieser wunderschönen Stadt. Ich drücke ihm beide Daumen.“

Andrea Nahles
Generalsekretärin der SPD



picturedesk

„Wien ist nicht nur eine tolle Stadt, um hier zu leben, Wien ist auch als Wirtschaftsstandort sehr attraktiv. Wir selbst sind stolz, 'Wien' in unserer Firma zu führen und das schon seit mehr als 90 Jahren.“

Robert Lasshofer
Generaldirektor Wiener Städtische



picturedesk

„Als Weltmeister bin ich froh darüber, dass auch Wien, meine Heimatstadt, Weltmeister ist – der Titel ist absolut berechtigt. Und ich finde unser Bürgermeister ist einer der besten Politiker überhaupt.“

Markus Rogan
Schwimmer, Sportler des Jahres



picturedesk

„Meine Familie wurde 1938 aus Wien vertrieben, da unser Blut ‚rassisch minderwertig‘ war. Daher kann ich weder die Strache noch die Fekter-Partei wählen. Ich unterstütze Michael Häupl, weil ich in einem menschlich anständigen Wien leben will.“

Elizabeth T. Spira
Journalistin und Filmemacherin

BUNDESHEER

Wehrpflicht – Bevölkerung soll mitentscheiden!

Mit seinem Vorstoß für eine Volksbefragung über die Wehrpflicht hat Bürgermeister Michael Häupl neuen Schwung in die Debatte um die Zukunft des Heeres gebracht. Bundeskanzler Werner Faymann unterstützt das: Zuerst sollen alle Varianten offen diskutiert werden.



Bundesheer

Der Katastrophenschutz bleibt auch künftig eine zentrale Aufgabe des Bundesheeres.

„Dass man zur Zukunft der Wehrpflicht das Instrument der direkten Demokratie einsetzt, ist eine richtige Idee.“

Bundeskanzler Werner Faymann

Seit der Kalte Krieg in Europa zu Ende ist, gab es in Österreich immer wieder Überlegungen zur Organisation des Bundesheeres und zur allgemeinen Wehrpflicht. Vor einigen Tagen hat Wiens SPÖ-Chef, Bürgermeister Michael Häupl die Debatte beschleunigt, indem er eine Volksbefragung zur Zukunft der Wehrpflicht gefordert hat. Bei einem so wichtigen Thema muss man auf die Meinung der Bevölkerung hören, so der Bürgermeister. Häupl wünscht sich nun eine intensive öffentliche Diskussion, die einer solchen Volksbefragung vorausgehen muss – und hat dabei die volle Unterstützung von Bundeskanzler Werner Faymann.

Auch er will eine „offene, sachliche und faire Diskussion“ über die künftigen Aufgaben des Bundesheeres und dann eine Volksbefragung als Instrument der direkten Demokratie.

Häupls Vorschlag stieß praktisch durchwegs auf positive Resonanz: So sprach etwa SPÖ-Klubobmann Josef Cap von einem „sehr zeitgemäßen“ Vorschlag, und SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas betonte: „Keine Partei braucht Angst vor der Meinung der Bevölkerung zu haben.“

Sicherheitsstrategie bis Jahresende

Verteidigungsminister Norbert Darabos und Außenminister Spindelegger werden nun bis Jahresende gemeinsam die neue Sicherheitsstrategie erarbeiten, die auch Varianten für die Zukunft der Wehrpflicht – ob allgemeine Wehrpflicht, Mischformen

oder Berufsheer – enthalten soll. Darüber soll dann öffentlich diskutiert werden. Am Ende dieser Diskussion kann dann eine Volksbefragung stehen, skizziert Faymann den Weg. Denn: Voraussetzung ist, dass man „erst etwas abschafft, wenn man etwas Neues hat“.

Wichtig ist für den Bundeskanzler, dass Aufgaben des Bundesheeres wie Katastrophenschutz und Auslandseinsätze „in vollem Umfang“ erhalten bleiben und dass Österreichs Neutralität nicht angetastet wird.

Was passiert mit dem Zivildienst?

Überlegungen zur Zukunft der Wehrpflicht haben natürlich auch Auswirkungen auf den Zivildienst, die mitgedacht werden müssen, so Faymann. „Nicht vorstellbar“ ist für ihn allerdings, dass man den Präsenzdienst nur deshalb beibehält, weil man keine Lösung für den Zivildienst hat. Solche Lösungen gilt es dann zu entwickeln – sei es, dass man ein freiwilliges soziales Jahr einführt oder neue Arbeitsplätze im Sozialbereich schafft. „Die Zivildienstler leisten großartige Arbeit. Gerade deswegen kommt es für mich nicht in Frage, jede Diskussion über die Wehrpflicht zu meiden, um günstige Arbeitsplätze im Zivilbereich zu haben.“



Bundeskanzler Faymann und Bürgermeister Häupl sind sich einig: Zuerst die Wehrpflicht offen diskutieren, dann die Bevölkerung mitentscheiden lassen.

Knie

WIRTSCHAFT

Budgeterstellung auf Schiene

Mit der Verwaltungsreform will Bundeskanzler Werner Faymann Spielräume für Zukunftsinvestitionen schaffen. Ziel ist höhere Qualität bei niedrigeren Kosten.



Verwaltungsreform: Bundeskanzler Werner Faymann sprach sich bei einer Sondersitzung im Parlament für die Beseitigung von Doppelgleisigkeiten aus.

betonte: „Alle budgetrelevanten Gesetze werden rechtzeitig mit 1. Jänner in Kraft treten.“ Bei der Budgetkonsolidierung geht es darum, Investitionen in Bildung, Forschung und Infrastruktur möglich zu machen. Wesentlich sind Einsparungen in der Verwaltung. Faymann will Doppelgleisigkeiten beseitigen und setzt auf bessere Organisation, effizientere Verwaltung und Nichtnachbesetzung nach Pensionierungen. Neben sinnvollen Sparmaßnahmen braucht es auch sozial gerechte Einnahmen zur Budgetkonsolidierung. Die Vorschläge der SPÖ dafür liegen auf dem Tisch (siehe Kasten), eine Erhöhung von Massensteuern kommt nicht in Frage. „Es geht um ein passendes Budget mit Platz für Reformen und Vorhaben für die Zukunft sowie sozialer Ausgewogenheit für die Bevölkerung“, so SPÖ-Rechnungshofspracherin Christine Lapp. ♦

Wir sind stolz darauf, dass die Wirtschaftsprognosen besser werden“, sagte Bundeskanzler Werner Faymann bei einer Sondersitzung des Nationalrates. Die Budgetverschiebung ist daher gerechtfertigt, so Faymann, der

INFO

Die SPÖ-Maßnahmen zur sozial gerechten Budgetkonsolidierung

- » **Banken-Solidarabgabe**
- » **Finanztransaktionssteuer**
(alternativ: Börsenumsatzsteuer Österreich)
- » **Finanzvermögenszuwachssteuer**
(Spekulationsfristen streichen, Steuerschlupflöcher schließen)
- » **Reform der Stiftungsbesteuerung**
- » **Managergagen**
Absetzbarkeit nur bis 500.000 Euro
- » **Reform der Gruppenbesteuerung**
- » **Verhindern von Steuerhinterziehung**
bei Finanzgeschäften

UMWELT

Mit weniger Energieverbrauch mehr bewegen

Das zentrale Umweltproblem unserer Zeit heißt Klimawandel. Die Lösung liegt in Energieeffizienz und Innovation.

Bei der internationalen Tagung „Energie Neu Denken“ wurde erörtert, wie umweltfreundliches Wachstum möglich ist. Die Hauptfragen der Tagung: Welche Energie heizt die Wohnungen, welche Treibstoffe gibt es für den Verkehr, wie wird der immer noch steigende Energiebedarf der Wirtschaft abgedeckt?

Energiesparen ist die größte ungenutzte Energiequelle

„Die ergiebigste Energiequelle, die nur darauf wartet, angezapft zu werden, ist Energieeffizienz“, sagte Infrastrukturministerin Doris Bures. Ressourcenknappheit, Klimawandel und steigender Energiebedarf sind die großen Herausforderungen. So ist es nach Experteneinschätzung



HBF

IBM-Österreich-Generaldirektor Leo Steiner, Theresia Vogel vom Klimafonds, Infrastrukturministerin Doris Bures, OECD-Energieexperte Christian Reimsbach-Kounatze und Hartmut Esslinger vom Institut für Industrial Design.

möglich, bis 2020 ein Viertel des Energieverbrauchs einzusparen. Das größte Sparpotential wird beim größten Verbraucher, Haushalte und Gebäude, gesehen, gefolgt von Verkehr und Produktion. Deswegen wird dank der Forschungsför-

derung des BMVIT jetzt so intensiv wie nie zuvor an neuen Technologien gearbeitet. Bei der Elektro-Mobilität ist man schon in der praktischen Umsetzung. 2011 folgen großangelegte Energieeffizienz-Pilotprojekte. ♦

STUDIENGEBÜHREN

Mehr Geld für Unis

In der aktuellen Debatte um die Wiedereinführung von Studiengebühren hält die SPÖ an ihrem Standpunkt fest.

Rigaud



Eine Wiedereinführung von Studiengebühren lehnt die SPÖ nach wie vor vehement ab. Bundeskanzler Werner Faymann und SPÖ-Wissenschaftssprecherin Andrea Kuntzl bekräftigten auch in der jüngsten Diskussion um eine etwaige Wiedereinführung von Studiengebühren, dass es diese mit der SPÖ nicht geben werde: „Es geht um Verlässlichkeit in der Politik“, betonte Bundeskanzler Werner Faymann, der dem ÖVP-Vorschlag auch in der Vergangenheit stets eine klare Absage erteilt hat. „Das österreichische Bildungssystem muss ein System der Chancengleichheit sein“, so SPÖ-Wissenschaftssprecherin Andrea Kuntzl. Das sei im Hoch-

schulbereich nicht durch die Einführung von Studiengebühren zu erreichen, denn diese seien „soziale Barrieren“ sagte Kuntzl. „Studiengebühren wären der falsche Weg. Das wird es mit uns nicht geben“, betonte die SPÖ-Wissenschaftssprecherin.

Budget-Spielräume nutzen

Stattdessen sollen die erarbeiteten Spielräume im Budget für Bildung und Forschung genutzt werden: „Ich will, dass wir den nicht geplanten Steuerzuwachs im neuen Budget ganz gezielt für Bildung und Universitäten einsetzen“, so der Bundeskanzler. ♦

SPÖ-Wissenschaftssprecherin Andrea Kuntzl: „Studiengebühren sind eine soziale Barriere.“

ÖSTERREICH 2020

Bildungstalk in Vorarlberg

Die „Österreich 2020“-Veranstaltungen zum Thema Bildung wurden auf die Bundesländer ausgeweitet – und kommen dort sehr gut an.

TERMIN



Bildungstalk in der Steiermark

Thema: „Schule für Alle“. Mit dabei sind: Bildungsministerin Claudia Schmied, Landesrätin Elisabeth Grossmann, Martin Kaucic (Neue Mittelschule Köflach), Jakob Königshofer (AKS Steiermark) und Hannes Schwarz, Bildungsvorsitzender der SPÖ Steiermark.

Mittwoch, 13. Oktober, 19 Uhr bis 22 Uhr;
Franziskussaal bei den Minoriten,
Mariahilferplatz 3, 8020 Graz

Anmeldung unter Tel.: 0316/702 640 oder
ristmk@spoe.at.

Im Rahmen der „Österreich 2020-Zukunftsdiskurse“ in den Bundesländern diskutierten Bildungsministerin Claudia Schmied, SPÖ-Bildungssprecher Elmar Mayer und die Bildungssprecherin im Vorarlberger Landtag, Gabi Sprickler-Falschlunger, vergangenen Donnerstag mit rund 100 Interessierten beim Bildungstalk Vorarlberg über die Anforderungen an die moderne Schule. Zentrale Themen waren die Qualitätssicherung am Schulstandort, die neue gemeinsame Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer sowie Neuerungen im Dienstrecht und die Chancen der gemeinsamen Schule. Einigkeit herrschte bei der Kompetenzfrage: Reformpolitik im Bil-

dungsbereich muss Bundeskompetenz sein! Weitere Ankündigungen, die Dokumentation zu vergangenen Veranstaltungen und die Möglichkeit, auch online aktiv am Prozess teilzunehmen, finden sich auf www.oe2020.at. ♦



SPÖ-Landtags-Bildungssprecherin Sprickler-Falschlunger, Bildungsministerin Schmied und SPÖ-Bildungssprecher Mayer sind sich einig: Reformpolitik im Bildungsbereich muss Bundeskompetenz sein.

SPÖ Vorarlberg

Sachbuch

Wie verschieden sind sie?

Wo Männer vom Mars sind und Frauen von der Venus, da ist auch die Überzeugung nicht mehr weit, die Unterschiede zwischen weiblichem und männlichem Geschlecht seien angeboren.

Doch weit gefehlt, sagt die Neurobiologin Lise Eliot. Wissenschaftlich lassen sich zwischen den Gehirnen von Mädchen und Jungen vor und kurz nach der Geburt nur verschwindend geringe Unterschiede feststellen. Erst im Laufe der kindlichen Entwicklung bis zur Pubertät sorgen äußere Einflüsse – Eltern, Lehrer und gesellschaftliche Konventionen insgesamt – für jene markanten Abweichungen, auf denen die gängigen geschlechtsspezifischen Stereotype beruhen.

Eliot räumt mit diesem Schubladendenken gründlich auf. Jungen sind eben keineswegs per se „besser in Mathematik“, sondern lediglich in bestimmten Formen räumlichen Denkens. Und Mädchen sind nicht von Natur aus „einfühlsamer“ – sie dürfen ihre Gefühle nur offener zeigen. Die Autorin zeigt, dass wir den kleinen Unterschied im Interesse der Kinder nicht zu einem großen werden lassen sollten. ♦

Gesellschaft

Phänomen Facebook

Das Online-Netzwerk ist mit über 500 Millionen Nutzern, die Monat für Monat rund 14 Milliarden Informationen austauschen, allgegenwärtig. Bedeutet „Facebook“ das Ende der Privatsphäre?

Statusmeldungen, Chats, Fotos, Videos, Handy: Facebook erlaubt fast jede Form der Online-Kommunikation. Allein in Österreich, Deutschland und der Schweiz gibt es mehr als zehn Millionen Nutzer. Zunehmend wird Facebook zum Werkzeug von Politik und Wirtschaft und ist mittlerweile der größte Konkurrent des Internet-Giganten Google. Auf der Strecke bleiben nicht nur Facebook-Alternativen wie z. B. MySpace und StudiVZ, sondern auch die Pri-

vatsphäre der Mitglieder. Wie sehr hat das Social Network „Facebook“ des 26-jährigen Gründers Mark Zuckerberg unsere Gesellschaft vereinnahmt? Was passiert eigentlich mit den persönlichen Daten der Mitglieder? Wie begegnet man neuen Phänomenen wie „Cyber Mobbing“? Diese Fragen beantwortet der Medienspezialist Jakob Steinschaden in spannenden Experten-Interviews, tiefgehenden Analysen und anschaulichen Reportagen. ♦

Ökonomie

Was kostet die Welt?

Über die Absurdität unseres Wirtschaftssystems, das für die natürlichen Lebensgrundlagen den Wert „0“ veranschlagt, Konsummüll dagegen höchsten Wert beimisst.

„Heute kennt man von allem den Preis und von nichts den Wert“, sagte Oscar Wilde. Dieser Satz ist gegenwärtig aktueller denn je. Ob Klima- oder Wirtschaftskrise, dahinter steht nicht zuletzt eine Krise der Werte. „Gibt es keinen besseren Weg die Welt wertzuschätzen?“, fragt Raj Patel mit seinem Buch. In unserem System ist eine Fabrikanlage mit rauchenden Schloten Milliarden Dollar wert, ein intakter Wald dagegen nichts. Wie konnte es so weit

kommen? Seit den 70er-Jahren wurde unser Wirtschaftssystem von den Fundamentalisten des freien Marktes bestimmt, die jede Art der Regulierung ablehnten. Was Not tut, ist nachhaltiges Wirtschaften und die Beachtung des Werts von sozialer Kooperation, Fairness, ökologischer und physischer Gesundheit. Dieses Buch zeigt mit zwingender Klarheit die Denkfehler des Systems und wie sie zu korrigieren sind. ♦

☐ Stk.


Lise Eliot:

Wie verschieden sind sie?
Die Gehirnentwicklung bei Mädchen und Jungen.

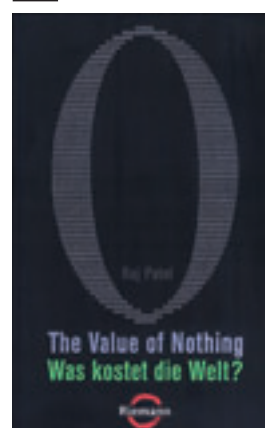
Berlin Verlag, Berlin 2010;
605 S., 26,80 €

☐ Stk.


Jakob Steinschaden:

Phänomen Facebook. Wie eine Website unser Leben auf den Kopf stellt.

Ueberreuter, Wien 2010;
200 S., 19,95 €

☐ Stk.


Raj Patel:

Was kostet die Welt?

Riemann, München 2010,
285 S., 18,50

Unterschrift:

Adresse:

Name:

In der Buchhandlung Löwelstraße

1014 Wien, Löwelstraße 18

Tel: 01/534 27/323 od. 343, Fax: 01/534
27/324, E-Mail: Buchhandlung@spoe.at

Bitte Bestellschein ausfüllen, gewünschte Bücher ankreuzen, abtrennen, einsenden, faxen oder einfach per E-Mail bestellen!



STEIERMARKE

SPÖ startet Regierungsverhandlungen

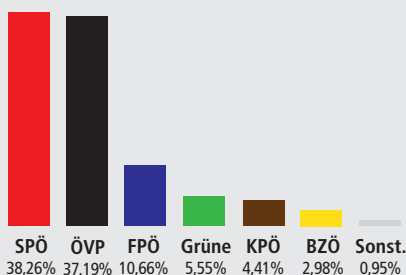


Das endgültige Ergebnis der Landtagswahlen steht fest. Nun geht es darum, die Steiermark in eine erfolgreiche Zukunft zu führen.

Nach dem Auszählen der Wahlkarten und Briefwahl-Stimmen ist klar, dass die SPÖ mit Landeshauptmann Franz Voves

Landtagswahl Steiermark

(Endergebnis inkl. Wahlkarten)



in der Steiermark an der Spitze bleibt. Das nächste Ziel besteht für Voves nun darin, ein zukunftsfähiges Arbeitsübereinkommen zu verhandeln. Dazu traf sich der Landeshauptmann am Dienstag mit dem steirischen ÖVP-Vorsitzenden Hermann Schützenhöfer. Nachdem beide Vorsitzenden bereits im Vorfeld der Verhandlungen ihren Willen zur Zusammenarbeit bekundeten, ging es in den Gesprächen bereits um die Details der künftigen gemeinsamen Regierungsarbeit. Voves und Schützenhöfer wollen ein Sachprogramm auf möglichst breiter Basis erstellen und sowohl FPÖ als auch Opposi-



Landeshauptmann Franz Voves nimmt in der Steiermark die Verhandlungsgespräche auf.

sition einladen, an der Umsetzung mitzuarbeiten. „Wir stehen vor großen Herausforderungen“, betonte Landeshauptmann Voves.

SPÖ Steiermark

VOLKSHILFE/PVÖ

Preis für seniorenfreundliche Gemeinden



Fotolia

Vielfältige Angebote in den Bereichen Gesundheit, Fortbildung und Freizeit sind die Voraussetzung für ein Altern in Würde.

Pensionistenverband und Volkshilfe haben auch heuer wieder fünf „seniorenfreundliche Gemeinden“ prämiert.

Sozialminister Rudolf Hundstorfer, dessen Ministerium den Wettbewerb unterstützt,

ließ es sich nicht nehmen, den Preis an die Vertreterinnen und Vertreter der Preisträger-Gemeinden (s. Kasten) persönlich zu übergeben: „Die ausgezeichneten Gemeinden und ihre Projekte haben eine wichtige Vorbildfunktion für alle anderen.“ Die Auszeichnung gibt es in vier Kategorien – je nach Gemeindegröße – sowie als Spezialpreis für besonders innovative Ansätze. 77 Gemeinden hatten sich beworben. „Die ausgezeichneten Gemeinden haben bewiesen, dass mit sozialer Verantwortung, menschlicher Wärme und Kreativität vieles möglich ist, das nicht unbedingt viel kosten muss“, freut sich Karl Blecha, Präsident des Pensionistenverbandes Österreichs (PVÖ). Damit solche innovativen Projekte gelingen, müsse man nicht nur die politisch Verantwortlichen in den Gemeinden motivieren, so Erich Fenninger

DIE FAKTEN

Die Preisträger 2010 und Beispiele für ihre seniorenfreundlichen Projekte:

- » **Aschach an der Donau, OÖ**
(Computerkurse von Schülern für Ältere)
- » **St. Kanzian am Klopeinersee, Ktn.**
(„Mitten im Leben“ – Gedächtnistraining)
- » **St. Valentin, NÖ**
(Kinderhaus im Altenwohnheim)
- » **Leonding, OÖ**
(Seniorenbeirat)
- » **Kapfenberg, Stmk.**
(Aktiv Card für Senioren)

von der Volkshilfe, sondern auch die Mitarbeiter in den Gemeindeämtern und die zahlreichen Organisationen vor Ort.

NIEDERÖSTERREICH

Gerechtigkeit und Solidarität



Die Forderungen nach fairen Gehältern und mehr Steuergerechtigkeit standen im Mittelpunkt des dritten Hainfeld Konvents.

„Die Leistungsträger in Niederösterreich sind die 570.000 Arbeitnehmer – denn sie leisten ihren solidarischen Beitrag für das Sozial- und Gesundheitssystem“, erklärte LH Stv. Sepp Leitner bei der Eröffnung des dritten Hainfeld Konvents, der heuer auch als Startveranstaltung des SPÖ NÖ-Projekts „Zukunftsdiskussion – NÖ 2020“ diente. Leitner sprach sich daher für eine Anhebung des Mindestlohns aus und bekam dabei Unterstützung von der anwesenden Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek: „Jede zweite Frau in Österreich kommt mit ihrem Einkommen gar nicht oder nur sehr eingeschränkt aus. Frauen haben im Durchschnitt weniger als 1.000 Euro brutto pro Monat zur Verfügung. Es ist



SPÖ NÖ

LH Stv. Sepp Leitner mit Diskussions- teilnehmern beim Hainfeld Konvent

daher höchste Zeit, den Mindestlohn auf 1.300 Euro brutto anzuheben“, so Heinish-Hosek.

Position beziehen

Es sei wichtig, Position zu beziehen und sich für die Menschen einzusetzen, betonte Leitner. Deswegen hat die SPÖ NÖ eine Kampagne für mehr Steuergerech-

tigkeit gestartet: „Wir wollen mit unserer Kampagne ein starkes Sprachrohr für die Interessen der arbeitenden Menschen, der Familien, der Pensionisten und vor allem der Jugend sein, um deren Zukunft es geht!“ Diejenigen müssen für die Krise zahlen, die sie durch ihre Gier verursacht haben und Spekulationen mit Steuergeldern beendet werden, forderte Leitner. ♦

WIEN

Starke Cyber-Frauen



Die IKT ist auch weiblich – die beiden Herausgeberinnen Gemeinderätin Barbara Novak und Karoline Simontisch mit „ihren“ IKT-Vorreiterinnen.



Wie erfolgreiche Frauen die Männerdomäne Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) bereichern und verändern können, will die Wiener Gemeinderätin Barbara Novak aufzeigen – und hat gemeinsam mit Karoline Simontisch ein Buch darüber herausgegeben.

„Ich hoffe, dass es irgendwann einmal bei der Begrüßung bei IKT-Kongressen und -

Veranstaltungen nicht mehr heißt ‚Sehr geehrte Herren und liebe Dame‘“, so IKT-Sprecherin im Wiener Landtag, Barbara Novak. Um aufzuzeigen, dass es bereits etliche bemerkenswerte Frauen in der IKT-Branche gibt, wurden 15 von ihnen um Tiefeninterviews gebeten, darunter prominente „IKT-Frauen“ wie Petra Jenner (Microsoft), Margarete Schramböck (NextiraOne), Monika Kircher-Kohl (Infineon) oder Ulrike Foisner (Fujitsu). Das Ergebnis, das vorliegende Buch, vermittelt

BUCHTIPP



Das Buch von Barbara Novak und Karoline Simontisch „Frauen im Netzwerk der IKT“ ist im Verlag edition rot erschienen

und kann für den Ladenpreis (plus Porto) von 24,90 € unter buchhandlung.loewelstra@spoe.at bestellt werden.

einen guten Einblick in die Branche und beschäftigt sich gleichzeitig mit den jeweiligen Lebensgeschichten und Managementstilen der erfolgreichen Frauen. „Uns geht es darum, aufzuzeigen, wie bunt und wie lebendig die IKT ist – und es geht uns darum, mit dem Mythos aufzuräumen, es gäbe keine Frauen in der IKT“, so Ko-Herausgeberin und Unternehmensberaterin Karoline Simontisch. ♦



Zimmer

KOMMENTAR

Klare Positionen zu Redaktionsgeheimnis und Medienfreiheit

Zwei aktuelle und in der Öffentlichkeit diskutierte Fälle betreffen den Schutz des Redaktionsgeheimnisses und die Medienfreiheit in Österreich. Einerseits handelte es sich dabei um eine unrechtmäßige Einvernahme von Journalistinnen und Journalisten durch die Staatsanwaltschaft Wien, andererseits um ein vieldiskutiertes Urteil des Oberlandesgerichtes Wien, das den ORF betrifft.

„Ich bin der Meinung, dass es einen Bedarf gibt, den Schutz des Redaktionsgeheimnisses zu präzisieren. Nicht im Einzelfall, sondern generell.“

Grundsätzlich gilt: Die Gewaltenteilung zwischen Justiz, Exekutive und Legislative muss immer eingehalten werden. Und ohne Zweifel muss jeder Bürger Gerichtsurteile befolgen,

präzisieren. Nicht im Einzelfall, sondern generell. Der Gesetzgeber sollte aktiv werden und entsprechende Verbesserungen vornehmen. Solche Unklarheiten sollen in Zukunft nicht mehr passieren. Diesen Prozess möchte ich gerne anstoßen.

Die Justizministerin ist auf meinen Vorschlag eingegangen, und wir haben uns auf ein Gespräch geeinigt, auf das eine Enquete mit der Möglichkeit einer breiten Diskussion folgen wird.

Inzwischen haben sich zahlreiche Experten und Journalisten zu Wort gemeldet.

Diese angeregte öffentliche Debatte zum Thema Medienfreiheit in Österreich hat zentrale Fragen aufgeworfen, die es zu diskutieren gilt:

- » Wie kann das Redaktionsgeheimnis in Zukunft besser geschützt werden?
- » Wie kann ein besonderer Schutz von journalistischem Material präzisiert werden, der auch nicht veröffentlichtes Rohmaterial (Bild und Ton) umfasst?
- » Wann ist ein Geschehen „öffentlich wahrnehmbar“ und damit nicht vom Redaktionsgeheimnis umfasst?
- » Wie kann ein Umgehungsverbot gestaltet werden, bei dem Journalisten nicht zugleich als Beschuldigte geführt werden, wodurch das Redaktionsgeheimnis fällt?

Auch der Bundeskanzler, der Vizekanzler und die Nationalratspräsidentin haben mittlerweile eine breite Diskussion, etwa im Rahmen einer Enquete, begrüßt.

Inzwischen hat die Justiz auf ihrer Seite Fehler zugegeben, einerseits hat sich die Leiterin der Staatsanwaltschaft Wien für eine nicht rechtmäßige Einvernahme von Journalisten öffentlich entschuldigt. Andererseits hat der Sprecher des Oberlandesgerichtes Wien festgestellt, dass eine Nichtigkeit der OLG-Entscheidung im Fall ORF wegen Verwandtschaft von Beteiligten vorliegen könnte und dies derzeit von der Generalprokuratur geprüft wird. ♦



Die Medienfreiheit ist ein Eckpfeiler der Demokratie; das Redaktionsgeheimnis soll daher künftig besser geschützt werden.

so wie auch jeder das Recht hat, alle Rechtsmittel zu ergreifen.

Aufgrund der aktuellen Entwicklungen habe ich es als meine Aufgabe empfunden, als Medienstaatssekretär in dieser Debatte eine klare Position zu beziehen: Ich bin der Meinung, dass es einen Bedarf gibt, den Schutz des Redaktionsgeheimnisses zu

Darunter waren der Verband Österreichischer Zeitungen (VÖZ), der Verband Österreichischer Privatsender (VÖP), der Österreichische Journalisten Club (ÖJC) Univ.-Prof. Berka, VwGH-Richter Prof. Dr. Lehof, Univ.-Prof. Hausjell, Dr. Litzka, die Journalistengewerkschaft sowie Vertreter der Parteien im Nationalrat.

Josef Ostermayer ist seit 2008 Staatssekretär für Medien und Koordination im Bundeskanzleramt.

TERMINKALENDER

Montag, 4. 10. bis Freitag, 28. 1.

Ausstellung

„Verknüpfung mit Himmel“, „Traumwanderer“ und „Parallelwelten“ heißen die druckgraphischen Mappen, in denen die Künstlerin Linda Berger Ergebnisse ihrer Wien-Erforschung vorlegt. Sie zeigt Wiener Architektur als Phantasiestücke, die sich nie genau verorten lassen: Gründerzeitliche Innenräume als nächtliche Bedrohungen und skurrile Szenarien mit Hunden und Menschen als einfühlsame, engagierte Kommentare zur sozialen Realität in Wien. Eine Ausstellung aus dem Blickwinkel und der Erfahrungswelt einer Zuwanderin. Information unter Tel.: 01/804 65 01-36 oder eichinger@renner-institut.at

Öffnungszeiten:

Mo.-Do. 8 bis 17 Uhr

Fr. 8 bis 13 Uhr

Dr.-Karl-Renner-Institut

Khleslplatz 12

1120 Wien

Montag, 11. 10.

Vortrag

Das Bruno Kreisky Forum lädt im Rahmen der Reihe „Demokratie reloaded“ zum Vortrag „Demokratie und Emotion“ von Frank Nullmeier. Nullmeier befasst sich am Zentrum für Sozialpolitik der Universität Bremen mit der Analyse und Reform des Sozialstaates. In der politischen Auseinandersetzung wird die Forderung nach mehr Gerechtigkeit oft als Ausdruck von Neid und Missgunst verstanden. Das hat ihn veranlasst, sich stärker mit der Rolle derartiger Emotionen in der Politik zu beschäftigen. Einen Namen hat

sich Nullmeier mit Beiträgen zur politischen Theorie des Sozialstaates und zur Bürgergesellschaft gemacht. Erfahrungen als Politikberater sammelte er in der Kommission für die Nachhaltigkeit in der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme (sog. „Rürup-Kommission“). Moderiert wird die Veranstaltung von Isolde Charim, Philosophin und freie Autorin in Wien.

Information und Anmeldung unter

Tel.: 01/318 82 60-20 oder

einladung.kreiskyforum@kreisky.org

Beginn: 19 Uhr

Bruno Kreisky Forum

für internationalen Dialog

Armbrustergasse 15

1190 Wien

Donnerstag, 14. 10.

Diskussion

Im „Roten Oktober“ 2010 entscheiden die Wiener über die politische Zukunft ihrer Stadt. In der Woche darauf wird in der Wiener Urania mit LABg. GR Siegfried Lindenmayr, Vorsitzender des SPÖ-Rathausklubs, und Gerhard Walter, Geschäftsführer von Trendcom, eingehend über die Gemeinderatswahl und ihre Folgen diskutiert. Was bedeutet die Mandatsverteilung für die Zukunft der Sozialdemokratie in Wien? Was zeigen die Wählerstromanalysen? Wie sind die jeweiligen Ergebnisse in den einzelnen Bezirken zu bewerten?

Information und Anmeldung unter

Tel.: 01/310 88 29 oder office@bsa.at

Beginn: 19.00 Uhr

Urania (Dachgeschoss)

Uraniastraße 1

1010 Wien

Mittwoch, 27. 10.

Podiumsdiskussion

Die Österreichische Gesellschaft für Kulturpolitik lädt zur Podiumsdiskussion zum Thema „Gefängnistheater – Warum nicht in Österreich!“. Die Diskutanten sind SPÖ-Justizsprecher Hannes Jarolim, der Schauspieler Karl Markovics, Christine Glinz, Studienautorin, Christine Luger-Hammer von der Sigmund Freud Privatuniversität sowie Manfred Michalke, Regisseur im Wiener Vorstadtheater. Moderiert wird die Diskussion von Prof. Dr. Nikolaus Lehner, em. Rechtsanwalt.

Information und Anmeldung unter

Tel.: 0664/830 44 48 oder

kulturpolitik@gmx.at

www.kulturpolitik.spoe.at

Beginn: 19:00

Kunsthalle Wien

project space Karlsplatz

Treitlstraße 2

1040 Wien

IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber: SPÖ, 1014 Wien, Löwelstraße 18, Chefredakteur: Mag. Thomas Geiblinger, Chefin v. Dienst: Mag^a Ute Pichler, Redaktion: Markus Bacher, Mag. Gerald Demmel, Mag^a Birgit Jung, Martin Oppenauer, Mag^a Sophia Schönecker, Andreas Strobl, Susanne Vockenhuber, Bildredaktion: Emil Goldberg Layout: Thomas Lehmann, Coverfotos: Fotolia, Bilderbox, Bildbearbeitung: Max Stohanzl Sekretariat: Michaela Pavelka, Tel: 01/534 27/275

Verlag: edition rot Buch & Zeitschriften Handels & Verlags GmbH, 1050 Wien, Rechte Wienzeile 97 Hersteller: Leykam Druck, Wr. Neustadt, E-Mail: spoe.aktuell@spoe.at, Homepage: www.spoe.at

Einzelpreis: 0,73 Euro; Abo: 21 Euro

NET NEWS

www.bfdt.at

Tierschützer ins Rampenlicht

Anlässlich des Welttierschutztages am 4. Oktober wurde von Bundesminister Alois Stöger der österreichische Tierschutzpreis „Bester Freund der Tiere“ ins Leben gerufen. Ausgezeichnet werden die besonderen Leistungen der zahlreichen Organisationen, Vereine und Privatpersonen, die sich auf dem Gebiet des Tierschutzes engagieren. „Tierschutzminister Alois Stöger holt jene ins

Rampenlicht, die täglich mit hohem persönlichen Einsatz für jene kämpfen, die keine Stimme haben“, zeigt sich SPÖ-Tierschutzsprecher Dietmar Keck erfreut über die Initiative. Die Nominierung erfolgt über eine eigens dafür eingerichtete Webseite unter www.bfdt.at. Die Preisverleihung findet am 16. November in der Orangerie des Tiergartens Schönbrunn statt. ♦





Gelebte Solidarität

Gesundheitsminister Alois Stöger, Wiens Vize-Bürgermeisterin Renate Brauner, die Wiener Gesundheitsstadträtin Sonja Wehsely und Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek ließen im Rahmen der „Pink-Ribbon-Night“ rosarote Luftballons steigen. Jeder der insgesamt 5.000 Ballons stand stellvertretend für eine Frau, die im Jahr 2010 an Brustkrebs erkrankt ist.

Geförderte Kunst

Elf Künstlerinnen und neun Künstlern wurden von Kulturministerin Claudia Schmied die „outstanding artist awards“, Förderpreise des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur, für ihren bisherigen Berufsweg verliehen. „Gleichzeitig soll der ‚outstanding artist award‘ Motivation sein, die eingeschlagene Karriere mit Konsequenz fortzusetzen“, so die Kulturministerin.



Gesundes Brot

Gesundheitsminister Alois Stöger präsentierte gemeinsam mit Josef Schrott, Innungsmeister des Bundesverbandes der Bäcker Österreichs, und Ernährungsexperten eine neue Informationsbroschüre mit dem Titel „Herz.Genuss.Brot“. Diese enthält einfach umsetzbare Tipps zu gesunder Ernährung. Denn: „Gesunde Ernährung ist die beste Medizin“, so der Gesundheitsminister.



Gepflegte Kontakte

Einigkeit demonstrierten Finanzstaatssekretär Andreas Schieder und der portugiesische Staatssekretär im Außenministerium, Pedro Manuel Carqueijeiro Lourtie. Neben Fragen der Wirtschaftskrise und ihren Folgen standen auch Gespräche über die bilaterale Zusammenarbeit auf dem Programm.